

Eine andere Form der Unterstützung der Pädagogen ist, sie mit überzeugenden Argumenten zu Grundfragen der Politik und zu internationalen Ereignissen auszurüsten. Handelt es sich um Probleme, die an der Schule diskutiert werden, dann erarbeiten sich die Genossen dazu, in der Mitgliederversammlung einen Standpunkt, der im Parteilehrjahr, in der Gewerkschaftsversammlung oder im Pädagogischen Rat zur Orientierung unterbreitet wird.

Die Parteileitung stellt auch schriftliche Materialien wie Fakten, Hinweise auf Veröffentlichungen und methodische Ratschläge zusammen. Diese Materialien werden vervielfältigt und erfreuen sich großer Beliebtheit. Parteilose Lehrer oder Angehörige der Blockparteien wenden sich mit ihren Fragen ebenfalls an die Genossen. Das gibt dem ständigen politischen Gespräch der Genossen mit den Kollegen ein gutes Klima.

Gewerkschaftsgruppe — bester Helfer

Eine weitere Hilfe für die Lehrer ist die systematische Festigung von Erkenntnissen der marxistisch-leninistischen Pädagogik und Psychologie, gerichtet auf die didaktisch-methodische Konzeption des Lehrplanwerkes. Unser bester Helfer ist hier die Gewerkschaft, die, wie der 8. FDGB-Kongreß unterstrich, die Schulung weiterentwickeln soll. Es werden langfristig solche Probleme zum Gegenstand der wissenschaftlichen Arbeit und der Beratung in den Gewerkschaftsversammlungen und Pädagogischen Räten gemacht, die sich aus der Analyse der Bildungs- und Erziehungsarbeit konkret an unserer Schule als wichtig erweisen und auch den Forderungen des 6. ZK-Plenums gerecht werden. Insofern gibt es keine Überschneidungen mit anderen Formen der Weiterbildung der Lehrer.

Die Verwirklichung der führenden Rolle der Schulparteiorganisation erschöpft sich selbstverständlich nicht nur in der unmittelbaren politisch-ideologischen Befähigung des Lehrers. Nach unserer Auffassung gehören dazu auch noch weitere Aufgaben.

Erstens müssen wir die Verantwortung mittragen für die exakte Arbeit der staatlichen Leitung, das heißt für die politisch-pädagogische Führung der Schule durch den Direktor. Hier haben wir nicht nur die materiell-technischen Voraussetzungen unmittelbar für den Unterricht im Auge, sondern auch solche Dinge, die allgemein die Arbeits- und Lebensbedingungen der Pädagogen beeinflussen.

Seit dem VIII. Parteitag ist im Parteistatut das Kontrollrecht auch für Schulparteiorganisationen über die staatliche Leitung verankert. Erste Erfahrungen darüber, wie wir die Kontrolle über die Wirksamkeit des Unterrichts ausüben können, sammelten wir bei einer Berichterstattung der Schulleitung vor der Parteileitung über den polytechnischen Unterricht in den 9. und 10. Klassen. Sie war durch die Teilnahme des Parteisekretärs an einer Beratung der Klassenleiter mit den Betreuern des Betriebes und dem Lehrer für das Fach „Einführung in die sozialistische Produktion“ vorbereitet worden.

Bei der Berichterstattung richtete die Parteileitung ihr Augenmerk vor allem auf die erzieherische Wirksamkeit des polytechnischen Unterrichtes. Es ging uns um die Erhöhung des unmittelbaren Einflusses der Arbeiterklasse auf die Schüler. Das vorläufige Ergebnis ist die gemeinsame Arbeit verantwortlicher Genossen der Schule mit dem polytechnischen Beirat des Betriebes, um Inhalt und Methoden der Erziehung, die sich aus den Lehrplanforderungen an beiden Einrichtungen und aus den konkreten

Tatsachen zum Imperialismus

in den USA selbst. Von 1961 bis 1970 sind allein aus den Entwicklungsländern 17,7 Milliarden Dollar Profit in die USA geflossen. In den Jahren 1968/69 betrug die Summe des reinen Profits, der aus Lateinamerika in die USA ausgeführt wurde, 2098 Millionen Dollar. Die Summe überstieg damit fast um das Dreifache den Zufluß neuen Kapitals in diese Länder. Die britischen Konzerne verschafften sich von 1961 bis 1969 Profite von fast 1,3 Milliarden Pfund Sterling und die BRD-Unternehmen von 1966 bis 1970 Gewinne in der Höhe von etwa 1,85 Milliarden DM aus den Entwicklungsländern.

Ein zunehmender Preisverfall der Rohstoffe aus den Entwicklungsländern steht den ständig steigenden

Tatsachen zum Imperialismus

Preisen für die Industriegüter kapitalistischer Staaten gegenüber. Die Verluste allein aus diesem nicht-äquivalenten Austausch betragen für die jungen Nationalstaaten: 1962 = 2158 Millionen Dollar; 1963 = 2109 Millionen Dollar; 1964 = 2026 Millionen Dollar; 1965 = 2519 Millionen Dollar; 1966—2752 Millionen Dollar.

Die Verschuldung der Entwicklungsländer als Folge der neokolonialistischen Politik nimmt von Jahr zu Jahr zu. Die Steigerungsrate der Schulden beträgt rund 14 Prozent je Jahr. Eine Vielzahl dieser Staaten muß schon mehr als 20 Prozent ihrer Devisenerlöse für den Schuldendienst einsetzen.